

# **Beschluss LPT-2006-01**

## **SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal**

### **Arbeitslosigkeit bekämpfen – Bildungschancen verbessern!**

#### **Arbeitslosigkeit bekämpfen – Wachstum mobilisieren**

Die zentrale Aufgabe unserer politischen Arbeit ist die Reduzierung der Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt. Zwar hat sich die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt insbesondere im verarbeitenden Gewerbe in der letzten Zeit positiv entwickelt, dennoch bleibt die Arbeitslosigkeit bedrückend hoch. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Einzelne oder ganze Gruppen von einem entscheidenden Teil des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen sind.

Grundlage für eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine Wachstumsstrategie, die zu selbsttragenden Wirtschaftsstrukturen in unserem Land führt. Dazu gehören insbesondere die Schaffung von Rahmenbedingungen, die das Wachstum der mittelständischen Unternehmen unterstützen, und eine Neuausrichtung der Förderpolitik des Landes, die einen Schwerpunkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen legt.

#### **Von Arbeit muss man leben können – Gerechter Lohn für gute Arbeit**

Die SPD Sachsen-Anhalt steht zu dem Grundsatz: Gerechter Lohn für gute Arbeit. Wer Vollzeit arbeitet, muss einen Lohn bekommen, von dem er seinen Lebensunterhalt eigenständig bestreiten kann. Das ist nicht nur ein zentraler Aspekt von sozialer Gerechtigkeit, sondern auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft.

Lohndumping beeinträchtigt nachhaltig die Lebensqualität der Beschäftigten, gefährdet durch ruinösen Wettbewerb die Existenz von Unternehmen und stellt die Finanzierung der öffentlichen Haushalte und unserer sozialen Sicherungssysteme in Frage. Daher ist die Durchsetzung eines Mindestlohnes, der die Sicherung einer menschenwürdigen Existenzgrundlage garantiert, unabdingbar. Dabei orientieren wir uns am Mindestlohniveau unserer wichtigsten westeuropäischen Nachbarländer.

Tarifliche Lösungen haben Vorrang vor gesetzlichen Regelungen. Wir sprechen uns für die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche aus, um branchenbezogene Mindestlöhne zu ermöglichen. In Branchen, in denen keine hinreichenden tariflichen Einigungen zustande kommen, soll ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.

Die flächendeckende Einführung von Kombilöhnen zur unbefristeten Subventionierung und Ausweitung eines Niedriglohnssektors lehnen wir ab, da sie mit nicht finanzierbaren Kosten verbunden wären. Darüber hinaus sind erhebliche Mitnahmeeffekte und negative Folgewirkungen für die Tarifpolitik sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten zu erwarten.

## **Bürgerarbeit schaffen – Arbeitslosen eine Perspektive bieten**

Trotz erheblicher Investitionen in die Wirtschaft und in die Infrastruktur des Landes ist die Arbeitskräftenachfrage noch immer nicht ausreichend. Auch wenn es ein starkes Wachstum der gewerblichen Wirtschaft in Sachsen-Anhalt gibt und auch wenn zum ersten Mal seit Langem die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen-Anhalt steigt, reicht die wirtschaftliche Dynamik für eine nachhaltige Belebung des Arbeitsmarktes nicht aus.

Wir halten daher für die Zukunft Maßnahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik für unverzichtbar. Wir müssen aber auch neue Wege gehen und werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Menschen auch durch öffentlich finanzierte gemeinwohlorientierte Bürgerarbeit neue Perspektiven erhalten. Unser Ziel ist die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse für Langzeitarbeitslose, die besondere Probleme bei der Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt haben. Das Modellprojekt „Bürgerarbeit“ ist ein Schritt in die richtige Richtung, muss aber ausgeweitet und weiter qualifiziert werden, damit mehr Menschen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt bekommen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Stellen im öffentlich geförderten Arbeitsmarkt grundsätzlich auch aus ersparten passiven Leistungen finanziert werden können.

## **Erfahrungen nutzen – Beschäftigungschancen Älterer verbessern**

Unsere Gesellschaft und damit auch der Arbeitsmarkt verändern sich unter den Bedingungen der demographischen Entwicklung radikal. Die Zahl junger Menschen nimmt ab, die Zahl der Älteren nimmt weiter zu. Zugleich sind ältere Erwerbspersonen in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit bedroht.

Wir müssen das Wissen und die Kompetenz der älteren Generation nutzen. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf das Arbeitskräftepotenzial Älterer und ihre Erfahrungen im Arbeitsprozess zu verzichten. Wir wollen daher in Zusammenarbeit mit den Branchenverbänden die Unternehmen darin unterstützen, die Rahmenbedingungen für die Beschäftigung Älterer zu verbessern. Als Orientierung dient eine EU-weite Beschäftigungsquote von 50% in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen bis zum Jahr 2010 als Ziel der Lissabon-Strategie der Europäischen Union.

Älteren Arbeitslosen, die keine realistische Perspektive auf Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt haben, wollen wir einen sinnvollen Übergang in die Rente ermöglichen. Deshalb streben wir eine Wiederauflage des erfolgreich durchgeführten Programms „Aktiv zur Rente“ für Langzeitarbeitslose über 55 Jahre und eine Anschlussregelung an das Landesprogramm „Ü-50“ an.

## **Jungen Menschen eine Zukunft bieten – Ausbildung schaffen**

Für junge Menschen ist eine gute Ausbildung die entscheidende Voraussetzung für den Einstieg ins Berufsleben. Für die Wirtschaft sind gut ausgebildete Fachkräfte eine Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg.

Um den auf Grund der demographischen Entwicklung noch größer werdenden Fachkräftemangel abzuwenden, brauchen wir ausreichende Ausbildungsplätze im Rahmen des dualen Systems. Dabei hat für uns die betriebliche Ausbildung Vorrang.

Hier stehen zuerst die Unternehmen in der Pflicht, durch die Schaffung von Ausbildungsplätzen ihren zukünftigen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu decken.

Wir wollen den „Pakt für Ausbildung in Sachsen-Anhalt“ fortsetzen, um jedem Jugendlichen eine Ausbildungsmöglichkeit zu verschaffen. Die paritätische Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern halten wir für erforderlich, wenn der Pakt erfolgreich sein soll.

Wir setzen uns für die Einrichtung eines Nachwuchskräftepools ein, der den Unternehmen den Nachwuchskräftebedarf sichert und zugleich jungen Menschen eine Anschlussmöglichkeit nach ihrer Ausbildung bietet.

Schülerinnen und Schüler müssen in ihrer Berufsorientierung besser unterstützt werden. Die hohen Abbrecherquoten bei begonnenen Ausbildungsverhältnissen von fast einem Viertel schaden der Wirtschaft und verhindern eine gute Ausbildung der Jugendlichen. Wir streben daher eine engere Kooperation von Schule und Wirtschaft an und werden dazu regelmäßige Unterrichtstage in regionalen Unternehmen einführen.

### **Zukunft sichern – Bildung verbessern**

In unserer Gesellschaft entscheidet das Wissen über die Chancen des Einzelnen ebenso wie über die Entwicklung unserer Gesellschaft. Daher nimmt Bildungspolitik eine Schlüsselfunktion bei der Gestaltung unserer Zukunft ein.

Der Grundgedanke sozialdemokratischer Bildungspolitik liegt im Konzept des lebensbegleitenden Lernens von der frühkindlichen Bildung über die Schulbildung, die Berufsausbildung und das Studium bis hin zur Weiterqualifizierung im Berufs- und Arbeitsleben. Nur so können wir den ständigen Wandel in unserer Gesellschaft bewältigen.

Unser Ziel besteht im Ausbau eines leistungsstarken, auf Chancengleichheit orientierten und durchlässigen Bildungssystems. Wir wollen, dass jedem jungen Menschen, unabhängig von Herkunft und Geschlecht, die bestmögliche Bildungslaufbahn ermöglicht wird. Dazu zählen der freie Zugang zu allen Schulformen, ein bedarfsgerechtes Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen und der Zugang zu Hochschulbildung unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern.

Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass Sachsen-Anhalt trotz Verbesserungen Defizite sowohl bei den Bildungsleistungen als auch bei der Chancengleichheit im Bildungssystem aufweist. So haben bei uns Kinder aus Facharbeiterfamilien bei gleichen Grundfähigkeiten eine über sechsmal geringere Chance, eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben, als Kinder von

Akademikern und Führungskräften. Durch diese strukturelle Benachteiligung werden zum einen Lebenswege sehr früh verbaut und zum anderen bleibt Potential für die Gesellschaft ungenutzt.

### **Bildungskonvent nutzen – Bildung gestalten**

Die umfassende Diskussion zur Weiterentwicklung unseres Schulsystems ist eine der zentralen Aufgaben dieser Legislaturperiode. Dazu werden wir im Jahr 2007

einen Bildungskonvent in Sachsen-Anhalt einrichten. Dieser soll sich aus Vertretern der Politik, der Wissenschaft, der Kirche, der Wirtschaft und der Gewerkschaften, aus Lehrkräften, Eltern und Schüler zusammensetzen und Empfehlungen für ein dauerhaft tragfähiges, international ausgerichtetes, chancengerechtes und leistungsfähiges Schulsystem an den Landtag des Landes Sachsen-Anhalt geben, wobei auch Schulstrukturfragen erörtert werden.

Wir stehen zu den Grundsätzen des längeren gemeinsamen Lernens und der individuellen Förderung. Die SPD steht zu ihrem Konzept einer Allgemeinbildenden Oberschule (AOS) und wird für dessen Umsetzung kämpfen.

### **Qualität der Schulen erhöhen – Bildungschancen verbessern**

Die SPD in Sachsen-Anhalt spricht sich für eine Qualitätsoffensive in der schulischen Bildung aus. Dies beinhaltet eine Erweiterung der Eigenverantwortlichkeit von Schulen, die Absicherung differenzierter Angebote zur individuellen Förderung und die Qualitätsentwicklung des Unterrichts. Zudem ist die stetige Weiterentwicklung unserer Kindertagesstätten als Orte der Bildung unverzichtbar. Das Programm „Bildung elementar“ ist landesweit umzusetzen. Alle Kinder sollen den gleichen Zugang zu frühkindlicher Bildung haben. Dafür ist es zum einen notwendig, dass die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher schrittweise auf ein Fachhochschulniveau gehoben wird. Deshalb sollen die für Kinderbetreuung vorgesehenen Mittel aus dem Bundes- und Landeshaushalt vorrangig für die weitere Verbesserung der Bildungsinhalte und für Qualifizierungsmaßnahmen verwendet werden. Darüber hinaus streben wir die Einführung eines gebührenfreien letzten Kindergartenjahres als allgemeines Vorschuljahr und als Einstieg in eine kostenlose Kinderbetreuung an.

Unser besonderes Augenmerk liegt auf der Verbesserung der Bildungschancen. Wir wollen die Hürden, die den freien Zugang zu Bildung einschränken, wie die verbindliche Schullaufbahnpflicht und Eignungsfeststellung für das Gymnasium, beseitigen. Darüber hinaus haben wir das Ziel, die Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss deutlich zu senken, den Anteil von Schülern an Förderschulen durch eine verstärkte Integration zu reduzieren und die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen zu erhöhen.

Zur Wahrung gleicher Bildungschancen zählen wir auch die Erreichbarkeit aller Bildungsangebote im ländlichen Raum. Wir werden die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, das im Rahmen der gültigen Schulentwicklungsplanung bis 2009 entstandene Schulnetz dauerhaft zu erhalten. Darüber hinaus dürfen keine weiteren Schulen mehr geschlossen werden.

### **Wissenschaft und Forschung entwickeln – Hochschulen stärken**

Sachsen-Anhalts Zukunft ist eng verknüpft mit der weiteren Entwicklung von Wissenschaft und Forschung. Im Rahmen der Etablierung eines europäischen Hochschulraumes wird der internationale Wettbewerb zwischen den Hochschulen um Studierende, Forscherinnen und Forscher, Drittmittel und Forschungsprojekte zunehmen. Um in diesem Wettbewerb künftig zu bestehen, bedarf es einer verlässlichen und aufgabengerechten Finanzierung, einer größeren Eigenständigkeit und internationalen Ausrichtung unserer Hochschulen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Hochschulbudgets auch bei sinkenden Einnahmen des Landes mittelfristig nicht abgesenkt werden. Die Einführung allgemeiner Studiengebühren lehnen wir grundsätzlich ab.

Im Hinblick auf eine noch bessere Zusammenarbeit von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen besteht unser Ziel darin, Forschungsaktivitäten zu bündeln und kooperative Forschungsverbände bzw. Forschungs- und Technologiecluster zu bilden. Dazu werden wir die Exzellenzoffensive fortsetzen und in einem Rahmenvertrag Forschung und Innovation verankern.

### **Zukünftige Probleme erkennen – Demographische Entwicklung auffangen**

Der sich abzeichnende Anstieg der Studierendenzahlen im Bundesgebiet bietet für Sachsen-Anhalt die Chance, durch eine extensive Nutzung vorhandener Studienkapazitäten eine weitere Zunahme der Probleme auf dem Arbeitsmarkt teilweise zu kompensieren. Statt in großem Umfang neue Studienplätze in den alten Bundesländern aufzubauen, verfolgen wir das Ziel, vorhandene Kapazitäten in den neuen Ländern zu nutzen und zu erhalten.

Mit der Möglichkeit, mehr junge Menschen ins Land zu holen, steigt auch die Chance, das Wanderungssaldo umzudrehen. Wir wollen eine höhere Zahl von Absolventinnen und Absolventen im Land halten und die Studierquote erhöhen.

Wir fordern, dass aus dem Hochschulpakt mit dem Bund Mittel für Sachsen-Anhalt bereitgestellt werden, um zum einen die vorhandenen Ausbildungskapazitäten zu erhalten und zum anderen die auf die besonderen regionalen Anforderungen ausgerichteten Weiterbildungsangebote sowie Forschung und Entwicklung bzw. Wissens- und Technologietransfer in die regionale Wirtschaft zu verbessern.

Der doppelte Abiturientenjahrgang 2007 stellt eine besondere Herausforderung dar, auf den die Hochschulen unseres Landes bisher nicht ausreichend vorbereitet sind. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die Hochschulen durch das Land finanziell und materiell in die Lage versetzt werden, schon im Jahr 2007 die größeren Studienanfängerzahlen zu bewältigen.

### **Ziele umsetzen – Erfolg organisieren**

Die SPD trägt als Regierungspartei der Großen Koalition in Sachsen-Anhalt besondere Verantwortung. Die SPD will die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben und wird ihre Vorstellungen in der Regierung über ihre Ministerinnen und Minister und in den Landtag über ihre Abgeordneten einbringen. Wir werden dafür in der Öffentlichkeit werben und die Bevölkerung beteiligen.

Die SPD will nicht nur den Erfolg der Koalition, sondern auch den Erfolg des Landes Sachsen-Anhalt zum Wohle seiner Bürgerinnen und Bürger.

**Beschluss LPT-2006-02**  
**SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal**

## **Anerkennung des freiwilligen Ehrenamtes Älterer**

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, in welcher Form eine verstärkte moralische Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit ermöglicht und materielle Belastungen ausgeglichen werden können. Dabei soll die Situation Älterer, die nicht mehr im Arbeitsprozess stehen, besonders berücksichtigt werden. Gemeinsam mit Sozial- und Innenministerium ist eine gesetzliche Regelung anzustreben.

**Beschluss LPT-2006-03**  
**SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal**

## **Ambulante Pflege vor Pflegeheim: „Daheim statt im Heim“**

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Paradigmenwechsel in der Versorgung behinderter, alter und kranker Menschen einzuleiten und den Vorrang der ambulanten Pflege zu Lasten des Baues von weiteren Pflegeheimen voranzutreiben.

Es dafür Sorge zu tragen, dass Leistungserbringer finanziell in die Lage versetzt werden, die Umsetzung des Prinzips „ambulant vor stationär“ zu erreichen. Des weiteren fordern wir den flächendeckenden Aufbau ambulanter geriatrischer Rehabilitationszentren in Sachsen-Anhalt. Damit wird ein Meilenstein in der Versorgung der Bevölkerung gelegt.

**Beschluss LPT-2006-04**  
**SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal**

## **Nichtraucherschutz durchsetzen**

Die Bundestags- und Landtagsfraktion werden aufgefordert einen konsequenten Nichtraucherschutz durchzusetzen und die Rechte von Nichtrauchern auch gesetzlich zu garantieren. Daher fordern wir ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Krankenhäusern und Schulen, eine gesetzliche Regelung zum Nichtraucherschutz in Gaststätten sowie ein Verbot von Zigarettensautomaten im öffentlichen Raum.

# **Beschluss LPT-2006-05**

## **SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal**

### **Demokratische Gegenwehr gegen rechts – eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft**

Rechtsextremismus wird zunehmend zu einer Belastung und Bedrohung für unsere Gesellschaft:

- Mit Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sind NPD und DVU mittlerweile in vier Landesparlamenten vertreten.
- Die Zahl rechtsextremer Straftaten, insbesondere der Gewalttaten, nimmt deutlich zu. Dabei treten immer mehr jüngere Täter in Erscheinung.
- NPD, Neonazi-Kameradschaften und andere rechte Gruppen versuchen verstärkt, durch gesellschaftliche Vorfeldaktivitäten wie „Heimatspflege“, Jugendfreizeiten oder Sportveranstaltungen Akzeptanz zu gewinnen.

Dabei hat sich an der politischen Tendenz und der Gefährlichkeit der Rechten nichts getan, im Gegenteil: Die Schranken zwischen der NPD und offen neonazistischen, militanten Gruppen sind endgültig gefallen.

Rechtsextremismus ist kein typisch ostdeutsches Phänomen. Einen Bodensatz von fremdenfeindlichen, antisemitischen und antidemokratischen Überzeugungen gibt es überall. Und dennoch: In ostdeutschen Regionen fehlt oft die demokratische Gegenwehr, wenn rechtsextreme Gruppen Andersdenkende einschüchtern, an Schulen agitieren oder in Kommunalparlamenten hetzen. Sachsen-Anhalt ist in den letzten Monaten durch besonders erschreckende, abstoßende Vorfälle wie die Verbrennung des Tagebuchs der Anne Frank in Pretzien oder die öffentlichen Demütigungen von Schülern in Pömmelte und Elbe-Parey aufgefallen. Diese Taten schaden unserem Land erheblich.

Die gesamte demokratische Gesellschaft mit all ihren zivilgesellschaftlichen Verbänden und Institutionen muss Sorge dafür tragen, dass auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten vor allem die jungen Menschen nicht von menschenverachtenden, rassistischen und verfassungsfeindlichen Parolen beeinflusst werden und für sich persönliche Perspektiven erkennen können.

Die SPD, die den Nazis noch nach Hitlers Machtübernahme offen entgegen getreten ist, steht auch heute entschieden gegen die politischen Erben der NSDAP. Unsere Solidarität gilt allen, die schon heute Opfer rechter Gewalt werden: Ausländern, Andersdenkenden, ethnischen Minderheiten, Behinderten, Schwulen. Wir wissen aber, dass die Aktivitäten der Rechtsextremen sich gegen den offenen Charakter unserer Gesellschaft, gegen Freiheitsrechte und gegen Demokratie insgesamt richten.

Wir fordern daher die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, sich dem Rechtsextremismus als einem Schwerpunktbereich dieser Legislaturperiode zu widmen.

Gesellschaftliche Gegenwehr ist auf allen Ebenen erforderlich:

**Als Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen**

Die NPD hat angekündigt, nach ihren Wahlerfolgen in Mecklenburg-Vorpommern und mehreren Berliner Bezirken jetzt den Einzug in die Kreistage von Sachsen-Anhalt anzustreben. Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, in den neuen Landkreisen gemeinsam über den Charakter der NPD aufzuklären und vor der Bedrohung von rechts zu warnen. Eine starke dauerhafte überparteiliche Kampagne gegen den Rechtsextremismus verschafft dem Land mehr positive Aufmerksamkeit als jede andere Kampagne.

### **Die eigene Handlungsfähigkeit erhöhen**

Das Auftreten rechtsextremer Parteien und Gruppen hat sich gewandelt. Anstelle von Geheimbündelei verfolgen ihre Kader zunehmend eine Strategie der „Wortergreifung“ in Veranstaltungen demokratischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen. Der Umgang damit fällt auch vielen SPD-Mitgliedern schwer. Die SPD Sachsen-Anhalt wird die Handlungsfähigkeit ihrer Mitglieder gegen rechte Ideologien ausbauen:

- Die Arbeitsgruppe gegen rechts des Landesverbandes wird ihre Arbeit wieder aufnehmen und die Gliederungen kontinuierlich mit aktuellen Informationen versorgen.
- Der Landesverband wird den Gliederungen Verhaltenstipps für den Umgang mit Rechtsextremen und entsprechende Aktionspakete anbieten.
- Der Landesvorstand wird in Zusammenarbeit mit den Jusos, den Falken, der Gewerkschaftsjugend und anderen Organisationen nach Möglichkeiten suchen, den vielerorts anzutreffenden rechten Jugendszenen positive Alternativen entgegen zu setzen.
- Die Landtags- und Bundestagsabgeordneten werden gebeten, Projekte und Aktionen gegen Rechtsextremismus zu initiieren oder aktiv zu begleiten.

### **Aufklärung an Schulen verstärken**

Die Schulen sind eines der wichtigsten Auseinandersetzungsfelder für die demokratische Zukunft unserer Gesellschaft. Aufklärung über die Verbrechen Nazideutschlands, Vermittlung menschlicher Werte und Einüben demokratischer Spielregeln sind Voraussetzung dafür, junge Menschen gegen rechtsextreme Angebote immun zu machen. Die SPD fordert die Landesregierung auf, im Rahmen ihrer Strategie gegen Rechtsextremismus die Schulen zu befähigen, diese notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten.

### **Opfer schützen, Bürger aufklären**

Die Arbeit der Netzwerke für Toleranz und Demokratie, des Vereins Miteinander und anderer Organisationen sind vorbildlich für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen. Gerade die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im Bereich des Opferschutzes sind unverzichtbar und können von staatlichen Institutionen in dieser Form nicht abgedeckt werden. Deshalb ist die weitere finanzielle Unterstützung dieser Initiativen eine politische Selbstverständlichkeit.

Der Landesparteitag begrüßt ausdrücklich, dass es der Bundestagsfraktion gelungen ist, die finanziellen Mittel aus den Programmen „civitas“ und „entimo“ für das Haushaltsjahr 2007 in einen Titel „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ zusammenzufassen und damit sichergestellt werden konnte, dass die erfolgreichen Projekte ihre Arbeit bei Neuantragstellung ohne Finanzierungslücke ab 01. Januar 2007 fortsetzen können.



Eine enge Zusammenarbeit zwischen den gesellschaftlichen Projekten, den Verbänden und Bündnissen mit staatlichen Maßnahmen ist zwingend erforderlich. Darüber hinaus sind lokale Netzwerke in ihrer Arbeit zu stärken. Dies bedeutet auch, dass die Arbeit der Vereine, Verbände, Netzwerke auf lokaler Ebene ebenso wie die Landesprogramme in diesem Sinne – trotz schwieriger Haushaltslage – stärker mit finanziellen Mitteln unterstützt werden müssen.

### **Rechte Straftaten konsequent verfolgen und zügig ahnden**

Bei der Verteidigung der Demokratie müssen staatliche Institutionen eine Vorbildrolle einnehmen. Viele haben den Verdacht, dass Polizei, Justiz, Verwaltung und Kommunen auf dem rechten Auge blind seien. Diesen Verdacht darf staatliches und kommunales Handeln in keinem Falle nähren. Rechtsextreme Straftaten müssen weiterhin kontinuierlich durch präventive Aufklärung unterbunden oder konsequent verfolgt werden. Zur Abschreckung der Täter gehören auch zügige Gerichtsverfahren und Entscheidungen.

### **Neue Wege diskutieren**

Peter Struck hat die Diskussion um ein neues Verbotverfahren gegen die NPD eröffnet. Diese Diskussion muss im Interesse einer wehrhaften Demokratie geführt werden. Faktisch unterstützt der demokratische Staat seine Feinde heute mit Wahlkampfkostenerstattung, Fraktionsgeldern und demnächst womöglich mit der Finanzierung einer parteinahen Stiftung. Wir müssen Wege finden, um aus dieser paradoxen Situation herauszukommen. Dazu gehört auch, ein neues Verbotverfahren zu prüfen.

### **Hoffnung geben, Perspektiven eröffnen**

Arbeitslosigkeit ist keine Entschuldigung für ausländerfeindliche Gewalt. Tatsache ist aber: Menschen, die für sich selbst keine Perspektive sehen, sind kaum zu gesellschaftlichem Engagement bereit. Und auch wer Arbeit, aber Angst vor dem sozialen Absturz hat, sucht gerne nach Sündenböcken. Deshalb müssen Strategien gegen rechts Hand in Hand gehen mit einer Politik, die Hoffnung vermittelt und Langzeitarbeitslosen Perspektiven vermittelt.

<p style="text-align: center;"><b>Beschluss LPT-2006-06</b> <b>SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal</b></p>
--

1  
2 **Demokratie und Toleranz stärken –**  
3 **Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und**  
4 **Antisemitismus bekämpfen**

- 5  
6 • Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, die Mittel im Kampf gegen  
7 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aufzustocken.  
8 Damit könnten die CIVITAS - Strukturprojekte im Land, wie die fünf  
9 Beratungsstellen der Opfer rechter Gewalt und die vier Netzwerkstellen, ihre  
10 Arbeit fortsetzen. Es werden 24 Mill. Euro zur Verfügung gestellt.  
11  
12 • Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt wird aufgefordert, bei der  
13 Umsetzung des geplanten neuen Programms der Bundesregierung „Jugend für  
14 Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und  
15 Antisemitismus“ landesspezifische Aspekte einzubringen, wie z.B. die weitere  
16 Finanzierung der im Land arbeitenden fünf Beratungsstellen für Opfer rechter  
17 Gewalt und der vier Netzwerkstellen, die zu vier Mobilien Beratungsteams  
18 umgestaltet werden.  
19  
20 • Ab dem Jahr 2007 stellt die Landesregierung von Sachsen-Anhalt in  
21 Absprache mit dem Bund für die fünf Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt  
22 und die vier Mobilien Beratungsteams die entsprechende Anteilfinanzierung zur  
23 Verfügung.  
24  
25 • Die Jusos und die SPD im Land Sachsen-Anhalt werden gemeinsam ein  
26 Landesprogramm für Demokratie und Toleranz mit dem Ziel erarbeiten, die  
27 langfristige Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus,  
28 Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus abzusichern.

**Beschluss LPT-2006-07**  
**SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal**

## **Schutz vor gefährlichen Hunden**

Der SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt unterstützt die Gesetzesinitiative der Landesregierung Sachsen-Anhalt zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren.

**Beschluss LPT-2006-08**  
**SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal**

## **Gesetzliche Verankerung von Kinderfeuerwehren**

Die SPD Sachsen-Anhalt möge sich für folgende Änderung des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes LSA einsetzen:

### **§ 9 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren**

Es wird eingefügt:

(5) Der Freiwilligen Feuerwehr können Jugendfeuerwehr-, **Kinderfeuerwehr-**, Alters-, Ehren- und andere Abteilungen angegliedert werden. Die Altersgrenze des Absatzes 1 findet keine Anwendung. Mitglied der Jugendfeuerwehr kann werden, wer das 10. Lebensjahr vollendet hat. **Mitglied der Kinderfeuerwehr kann werden, wer das 5., aber noch nicht das 10. Lebensjahr vollendet hat.**

(6) Den Mitgliedern der **Kinder- und** Jugendfeuerwehren soll Gelegenheit gegeben werden, an dem für sie durch den Jugendfeuerwehrwart angesetzten Übungs- und Ausbildungsdienst teilzunehmen.

**Beschluss LPT-2006-09**  
**SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal**

## **Starke Städte braucht das Land**

1. Die Landtagsfraktion wird gebeten, die kreisfreien Städte entsprechend ihrer Funktion als Kerne der Regionen und Träger der Daseinsfürsorge zu stärken und die interkommunale Zusammenarbeit zu fördern.
2. Die Landtagsfraktion wird gebeten, die für die kommunale Selbstverwaltung und für die Wahrnehmung der Aufgaben der Städte notwendige Finanzausstattung durch eine angemessene Verteilung der Mittel im Rahmen des Finanzausgleichs in ausreichendem Maße zu sichern.
3. Die Mitglieder der Landesregierung und der Regierungsfractionen werden aufgefordert, die Koalitionsvereinbarung zum Thema Eingemeindungen einzuhalten.

**Beschluss LPT-2006-10**  
**SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal**

## **Leitbildplanung**

Im Land Sachsen-Anhalt soll die Verwaltung der Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren effektiver gestaltet werden. Dazu wird es in den nächsten Monaten eine Leitbilddiskussion über die Neustrukturierung der kommunalen Gebietskörperschaften geben. Der SPD-Landesparteitag empfiehlt, bei der Leitbildplanung Ausnahmen zu ermöglichen, wenn die räumliche Erweiterung mit anderen Partnern (Gemeinden) aufgrund von Kreis- oder Landesgrenzen nicht möglich ist.

**Beschluss LPT-2006-11**  
**SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal**

## **Änderung zur Satzung des SPD-Landesverbandes**

### **§ 6 Landesvorstand**

(3) Dem Landesvorstand gehören, soweit sie nicht Mitglieder nach Abs. 2 sind, folgende ständige Gäste an:

*wird ergänzt um:*

h) der/die Vorsitzende des Landesparteirats

### **§ 7 Landesparteirat**

(3) Der Landesparteirat besteht aus 36 von den Kreisverbänden gewählten Mitgliedern. Jeder Kreisverband erhält mindestens ein Mandat. Die 12 mitgliederstärksten Kreisverbände erhalten ein zusätzliches Mandat. Die Amtsdauer beträgt zwei Jahre.

*wird aufgrund der Kreisfusionen neu gefasst:*

(3) Der Landesparteirat besteht aus 35 von den Kreisverbänden gewählten Mitgliedern. Jeder Kreisverband erhält mindestens zwei Mandate. Die 7 mitgliederstärksten Kreisverbände erhalten ein zusätzliches Mandat. Die Amtsdauer beträgt zwei Jahre.

**Beschluss LPT-2006-12**  
**SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal**

## **Politischer Appell an den SPD-Landesparteitag**

Der Landesparteitag bekräftigt, dass Frauen und Männer in allen Funktionen in der SPD gleichberechtigt beteiligt sein sollen. Dies gilt auch für die Teilhabe an den hervorgehobenen Positionen im Landesverband.

**Beschluss LPT-2006-13**  
**SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal**

## **Abdruck der Antragsbegründungen für Anträge auf dem Bundesparteitag**

Wir fordern den Parteivorstand auf, dass die Antragsbegründungen der Anträge zu Bundesparteitagen den Delegierten auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt werden.